

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

168. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 3. Mai 2017

Antrag 06

Presseförderung neu

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich dafür aus, dass bei der neuen Presseförderung die jetzt gerade ausgearbeitet wird, auch Richtlinien und Sanktionen ausgearbeitet werden, die die Verbreitung von Falschmeldungen durch unseriöse JournalistInnen und Medien verhindern oder zumindest hintanhaltend sollen.

Darüber hinaus sollen auch qualitative elektronische Medien und Informationssysteme gefördert werden, die den MedienkonsumentInnen als Informationsquelle zur Verfügung stehen.

Da die Presseförderung jetzt sowieso reformiert werden soll, bietet sich hier die Gelegenheit diese von Grund auf zu reformieren. In der Diskussion derzeit stehen besonders die Gratisblätter des nicht seriösen Journalismus, die oftmals unter Zeitdruck nur schlecht recherchieren und dann immer wieder falsche Fakten oder „alternative Wahrheiten“ in ihren Medien veröffentlichen.

Dies erzürnt nicht nur die sogenannten seriösen Medien, es ist auch ein Problem für die öffentliche Meinungsbildung, da hier die LeserInnen immer wieder verunsichert werden, und sehr leicht Institutionen oder auch Personen diffamiert werden können.

Es ist daher zu begrüßen, dass diese Blätter nun nicht mehr mit öffentlichen Geldern gefördert werden sollen.

Darüber hinaus wäre es nötig, dass eine unseriöse und dezidiert falsche Berichterstattung wirksam sanktioniert werden könnte. Die bislang übliche Sanktion der Veröffentlichung einer Richtigstellung hat sich als nicht ausreichend gezeigt. Zur Eindämmung dieser Art der Berichterstattung geeignete Maßnahmen sollten zusammen mit dem Presserat erarbeitet werden. Dadurch könnte das lt. Studien leider sehr gering ausgeprägte Vertrauen („Journaille“, „Lügenpresse“) der MedienkonsumentInnen in eine seriöse Berichterstattung verbessert werden.

Des Weiteren wäre auch ein breiteres Spektrum der Förderung wünschenswert, wobei auch qualitative elektronische Informationssysteme gefördert werden sollen, die nicht nur aktuelle Tagesnachrichten verbreiten, sondern zur Wissensvermittlung eingesetzt werden.

Ein Beispiel für solch ein Medium wäre z. B. Wikipedia, das ohne staatliche Unterstützung zu

einer der gebräuchlichsten schnellen Informationsquellen wurde, derzeit aber mit finanziellen Problemen zu kämpfen hat. Es wäre daher sicher sinnvoll, auch solche Informationsquellen zu unterstützen.

Guter und hochwertiger Journalismus ist unverzichtbar und die vierte Säule der Demokratie. Diese Werthaltung soll in der Neuarbeitung des Gesetzes klar zum Ausdruck kommen.